



## ***Stockhofe aus Berlin***

Liebe Leserinnen und Leser!

Derzeit verhandelt die Koalition in der Bundesregierung und im Bundestag zahlreiche wichtige Vorhaben, so dass arbeitsreiche Wochen bis zur Sommerpause vor uns liegen. Diese Vorhaben sind von Bedeutung für die Bürger und die Unternehmen in unserem Land. Wir diskutieren die künftige Ausgestaltung der Leistungen für behinderte Menschen im Bundesteilhabegesetz. Das Integrationsgesetz bringen wir auf den Weg und beraten es zügig, um in erster Linie anerkannten Flüchtlingen Angebote zu machen und Integration einzufordern. Intensiv wird die Zukunft des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes verhandelt, bei dem wir das richtige Maß zwischen vernünftiger Förderung von Wind-, Solar- und Biomassenenergie und dem Netzausbau finden müssen. Die Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen ist noch ein offenes Vorhaben, bei dem sich die SPD daran festhalten lassen muss, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Gleichzeitig arbeiten wir an dem Zukunftsthema Digitalisierung genauso weiter wie an der inneren Sicherheit. Schließlich hat unser Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble eine gute Lösung für die Griechenlandhilfe erreicht.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Bürgerinnen und Bürger am meisten interessiert, ob wir für ihre Sorgen und die wichtigen Zukunftsfragen unseres Landes eine vernünftige Antwort finden und zugleich in schwieriger internationaler Lage eine gute Europa- und Außenpolitik machen. Dem sollten wir unsere Aufmerksamkeit und Energie widmen.

Es grüßt Sie herzlich

Ihre Rita Stockhofe

## **Fördern und Fordern der Integration**

Der auf der Kabinettklausur in Meseberg beschlossene Entwurf eines Integrationsgesetzes wurde in erster Lesung beraten. Es enthält für anerkannte Asylbewerber und Menschen mit guter Bleibeperspektive Maßnahmen, mit denen wir sie fördern und fordern wollen. Wir wollen Flüchtlingen den Zugang zu Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt erleichtern. Förderangebote und Pflichten werden genau definiert und rechtliche Konsequenzen für fehlende Integrationsbemühungen klar geregelt. Wer sich nicht an die Regeln hält, muss mit Leistungskürzungen rechnen. Zugleich sollen die Asylverfahren weiter beschleunigt werden. Eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis kann zukünftig nicht mehr automatisch nach drei Jahren erworben werden, sondern kommt in der Regel erst nach fünf Jahren in Betracht, sofern Integrationsleistungen wie hinreichende Sprachkenntnisse und eine überwiegende Lebensunterhaltssicherung gewährleistet sind. Bei herausragender Integration besteht bereits nach drei Jahren die Möglichkeit der Aufenthaltsverfestigung. Leistung lohnt sich also.

Mit der Wohnortzuweisung bekommen Länder und Kommunen zudem ein Instrument in die Hand, um die Konzentration von Schutzberechtigten in Ballungsräumen zu verhindern und positiv auf die Integration in der Fläche einwirken zu können. Sie tritt rückwirkend zum 1. Januar 2016 in Kraft. Mit dem Integrationsgesetz setzt Deutschland klare Maßstäbe, um anerkannte Flüchtlinge und Menschen mit guter Bleibeperspektive besser zu integrieren. Wer in unserem Land Schutz findet, soll möglichst zügig auf eigenen Beinen stehen können und für sich und seine Familie eine Perspektive haben. Das ist für jeden Einzelnen ebenso wichtig wie für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir stehen für eine realistische Integration auf Zeit, bis der Fluchtgrund entfällt und die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren. Ausreichende Sprachkenntnisse, Arbeit und das Bekenntnis zur deutschen Werteordnung sind Voraussetzungen einer erfolgreichen Integration.

Nach der enormen Kraftanstrengung, die unser Land auch mit Hilfe des Einsatzes vieler ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger bei der Unterbringung und Versorgung geleistet hat, legen wir nun eine solide Grundlage für die notwendigen Integrationschritte.

## **Das Fachkräftepotenzial ausschöpfen – Zukunftschancen der deutschen Wirtschaft sichern**

Die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist in besonderer Weise abhängig vom Können ihrer Fachkräfte. Selbstständige und innovative Köpfe in Unternehmen, Wissenschaft und Forschung tragen dazu bei, dass die deutsche Wirtschaft ihre Spitzenposition hält und weiterhin die Grundlage unseres Wohlstands bildet. Voraussetzung dafür ist, dass dem Arbeitsmarkt auch in Zukunft genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Wir fordern die Bundesregierung daher dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass das Potenzial bislang unterrepräsentierter Bevölkerungsgruppen besser genutzt wird, dass Arbeitsformen flexibilisiert werden und Qualifikationen für naturwissenschaftlich-technische und soziale Berufe gefördert werden. So kann sie dazu beitragen, die deutsche Wirtschaft zukunftsfest zu machen.

## **Erstes Gesetz zur Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes**

Aufgrund der anhaltend schlechten Marktsituation bei Milcherzeugnissen wurde auf EU-Ebene beschlossen, dass anerkannte Erzeugerorganisationen und Genossenschaften Absprachen treffen können, um die Rohmilchproduktion auf freiwilliger Basis für einen Zeitraum von sechs Monaten zu regulieren. Wir haben diesen Beschluss in zweiter und dritter Lesung in deutsches Recht umgesetzt. Dabei soll die Ermächtigungsgrundlage für das BMEL zum Erlass von Rechtsverordnungen im Agrarmarktstrukturgesetz so geändert werden, dass der Anwendungsbereich des Gesetzes auch nicht-erkannte Agrarorganisationen umfasst. In Deutschland betrifft dies insbesondere die Genossenschaften, die bisher durch das Agrarmarktstrukturgesetz nicht erfasst wurden.

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, entwickeln wir die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) weiter. Mit der bisherigen Ausrichtung auf Maßnahmen, die allein land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zu Gute kommen, kann den Herausforderungen für die ländlichen Räume nicht mehr allein begegnet werden. Die Aufrechterhaltung leistungsfähiger ländlicher Gebiete und des dörflichen Lebens trägt ebenso zur Verbesserung der Agrarstruktur bei. Wir erweitern die bisherige Förderung daher um Möglichkeiten zur Unterstützung der Infrastruktur von ländlichen Regionen, die vom demographischen Wandel und geografischer Abgelegenheit besonders betroffen sind und stellen damit auch sicher, dass die Fördermöglichkeiten des europäischen Landwirtschaftsfonds für Ländliche Entwicklung (ELER) möglichst vollständig genutzt werden können. Wir haben die Verbesserungen in erster Lesung beraten.

Ebenfalls in erster Lesung passen wir das Direktzahlungen-Durchführungsgesetz aus dem Jahr 2014 an neue Vorgaben der EU-Kommission zur Umwandlung von Dauergrünland im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) an, die bei dessen Erlass nicht vorhersehbar waren. Die Umwandlung von Dauergrünland in eine nichtlandwirtschaftliche Fläche etwa unterliegt für landwirtschaftliche Betriebe künftig bestimmten Voraussetzungen, um weiterhin Direktzahlungen erhalten zu können.

## **Gedenken: Völkermord an den Armeniern und orientalischen Christen**

Die Tötung vieler Armenier im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkrieges war die größte Katastrophe in der Geschichte des armenischen Volkes. Den Deportationen und Massenmorden fielen unabhängigen Quellen zufolge über einer Million Armenier zum Opfer. Dies führte zur fast vollständigen Vernichtung der Armenier im Osmanischen Reich. Ebenso waren Angehörige anderer christlicher Volksgruppen insbesondere aramäisch/assyrische und chaldäische Christen von Massakern und Deportationen betroffen.

Die klare Benennung als Genozid soll vor allem zur Aussöhnung zwischen der Türkei und den Armeniern beitragen. Unser Ziel ist es, mit dem Antrag die türkische Seite zu ermutigen, sich mit den damaligen Vertreibungen und Massakern offen auseinanderzusetzen, um damit den notwendigen Grundstein zu einer Versöhnung mit dem armenischen Volk zu legen.

Wir haben in dieser Woche das Thema im Bundestag auch deshalb behandelt, weil das Deutsche Reich damals Hauptverbündeter der Türkei war und geschwiegen hat. Damit hatte das Deutsche Reich eine Mitverantwortung, die wir klar benennen.

## **Meine Termine vor Ort**

<b>05.06.2016, 11.00 Uhr</b>	<b>Tag des offenen Hofes des WLV, Kreisverband Recklinghausen</b>
<b>10.06.2016, 15.00 Uhr</b>	<b>Bundesjägertag in Wolfsburg</b>
<b>11.06.2016, 09.00 Uhr</b>	<b>Delegiertenvorbesprechung FU</b>
<b>11.06.2016, 10.00 Uhr</b>	<b>CDU Landesparteitag</b>
<b>12.06.2016, 19.00 Uhr</b>	<b>Grillen und Public Viewing bei Rita Stockhofs (bitte beachten Sie die Einladung im Anhang)</b>